

Vita

Nach seinem Abitur studierte Haeussler Geschichte und Politik an der Queen Mary University of London und schloss ein Master-Studium in *Modern European History* an der University of Cambridge an. 2012-2013 verbrachte er als DAAD-Forschungsstipendiat an der Universität von Bonn, 2014 hatte er die Möglichkeit, einige Monate als *British Research Council Fellow* am John W. Kluge Center der Library of Congress in Washington D.C. zu verbringen. Seine Promotion in Geschichte mit dem Titel „Helmut Schmidt and Anglo-German relations, 1974-82“ legte er 2015 bei Professor David Reynolds am Robinson College in Cambridge vor. Seit 2015 ist Haeussler *Lumley Research Fellow* am Magdalene College der University of Cambridge.

Haeussler gewann Preise für Studien, die sich mit den internationalen Beziehungen und Fragen der europäischen Zeitgeschichte und Integrationsgeschichte beschäftigen. Zu nennen sind hier vor allem das Promotionsstipendium des *Arts and Humanities Research Council* oder die Auszeichnung des besten Diskussionspapers der *European Summer School für Cold War History* im September 2013. Zahlreiche Publikationen runden sein Forschungsprofil ab.¹

Kurzzusammenfassung

Die Diskussion über den „Brexit“ – den Austritt Großbritanniens aus der EU – sorgt für Schlagzeilen in den Medien. Mathias Haeussler zeigt in seinem Vortrag auf, dass das nationale Referendum lediglich der Höhepunkt einer über 60-jährigen Geschichte ist, in welcher sich das Vereinigte Königreich über sein Verhältnis zur Europäischen Integration im Unklaren war. Wie er zeigen kann, lassen sich viele der heutigen Probleme aus den Problemstellungen heraus erklären, die bereits in den 40/50er Jahren zutage treten. Der Vortrag macht sich zum Ziel, gängige Meinungen über die „uneuropäische Einstellung“ der Briten zu widerlegen und aufzuzeigen, dass die Einseitigkeit dieser Betrachtungsweise auch in einer ideologisch bestimmten Wahrnehmung der europäischen Integrationsgeschichte seit 1945 begründet ist. Er will zudem zeigen, dass die deutsch-britischen Differenzen nicht nur aus dem Verhalten der Briten erklärbar sind, sondern es sich im Kern um fundamental unterschiedliche Herangehensweisen an die Europapolitik in Deutschland und in Großbritannien handelt. Der Vortrag betont, dass die britische Europapolitik nicht einseitig destruktiv, sondern außerhalb der EG-Institutionen sogar äußerst kooperativ und insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geradezu ein Vorreiter auf der internationalen Bühne ist; dass diese Bemühungen jedoch durch gleichzeitigen Spannungen innerhalb der EG verdeckt und überschattet werden/wurden – besonders auch während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts.

Der Vortrag gliedert sich in zwei Teile: Nach einer kurzen Einführung stellt der erste Teil anhand der Perspektive des jungen Helmut Schmidt die Entwicklung hin zur EG und die Haltung der Briten der 50/60er Jahre dar. Schmidts Biographie steht in diesem Kontext geradezu exemplarisch für die Enttäuschung zahlreicher deutscher Politiker über die britische Rolle in Europa. Der zweite Teil widmet sich den Auswirkungen, die diese Entwicklungen auf das deutsch-britische Verhältnis während Schmidts Kanzlerschaft haben. Den Vortrag beenden zwei Schlussfolgerungen Haeusslers mit akademischer und politischer Stoßrichtung.

Vortrag

¹ Publikationsauswahl: M. Haeussler, ‚A „Cold War European“? Helmut Schmidt and European Integration, c.1945-1982‘, In: *Cold War History* 15/4 (2015), S. 427-47 / M. Haeussler, ‚A pyrrhic victory: Harold Wilson, Helmut Schmidt, and the British Renegotiation of EC membership, 1974-5‘, *The International History Review* 37/4 (2015), S. 768-89 / M. Haeussler, ‚The Popular Press and Ideas of Europe: The Daily Mirror, the Daily Express, and Britain's First Application to Join the EEC, 1961-63‘, *Twentieth Century British History* 25/1 (March 2014), S.108-131.

Haeussler stellt zunächst die gegensätzlichen Situationen Großbritanniens und Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkriegs dar: Großbritannien hat als Siegermacht mit globaler Ausstreckung und politischen Interessen von Afrika über Australien bis hin nach Asien bei Kriegsende am 8. Mai 1945 zwar politische und wirtschaftliche Probleme – das Land steht vor einem Bankrott – dennoch besitzt es in den späten 40er Jahren zahlreiche Vorteile gegenüber den anderen europäischen Staaten. Deutschland hingegen ist ein besiegtes, besetztes und bald auch geteiltes Land.

Der herannahende Kalte Krieg – vor allem ab 1947 – ändert die Dynamiken grundlegend: In Hinblick auf den Einfluss der Sowjetunion in den östlichen Ländern, streben Amerika und Großbritannien danach, die deutsche und die Wirtschaft Westeuropas wiederzubeleben, um ein „kapitalistisches Bollwerk“ gegen den Kommunismus zu errichten. Frankreich hat im Gegensatz zu Amerika und Großbritannien weniger Interesse daran, sieht sich aber dem diplomatischen Druck ausgesetzt. Der Schumann-Plan vom Mai 1950 über Kohle und Stahl ist in diesem Sinne die „französische Antwort“ auf die Problemstellungen der Nachkriegszeit: ein Plan zur Revitalisierung der deutschen Wirtschaft, eingebunden in supranationale Strukturen. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in Westdeutschland ist die Abgabe von Souveränität an eine Hohe Behörde durchaus im nationalen Interesse. Eine engere Einbindung in europäische Institutionen bietet dem Land die Möglichkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, ohne den Argwohn der europäischen Nachbarn zu wecken.

Dieses deutsch-französische Abkommen und die strategischen Interessen Deutschlands und Frankreichs bilden den Mittelpunkt der Montanunion und der EG ab 1957 und sorgen für deren Zusammenhalt. Im Gegensatz dazu fehlt Großbritannien dieses strategische Interesse: Zwar ist man durchaus an den Ideen der europäischen Integration interessiert, sieht sich aber nicht als Teil dieser Bestrebungen und hat kein Interesse an einem freiwilligen Souveränitätsverzicht. Folglich lehnt im Mai 1950 die Labour-Regierung die französische Einladung zu Gesprächen über die Gemeinschaft für Kohl und Stahl ab – ebenso Mitte der 50er Jahre, als sich die Pläne für eine weiterreichende europäische Wirtschaftsgemeinschaft konkretisieren. Nachdem sich die Gemeinschaft in den späten 50er und frühen 60er Jahren als wirtschaftliches Erfolgsmodell erweist, wird den Briten offenbar, dass man es sich nicht leisten kann, kein Teil der Gemeinschaft zu werden und es erfolgt im Juli 1961 eine Bewerbung für den Beitritt in die EG. Frankreich befürchtet, Großbritannien wolle mit seinem Beitritt den Franzosen ihren Führungsanspruch streitig machen. Aus diesem Grund lehnt Charles de Gaulle die beiden britischen Bewerbungen 1963 und 1967 ab, so dass Großbritannien in den 60er Jahren von der sich politisch und wirtschaftlich konsolidierenden westlichen Gemeinschaft ausgeschlossen bleibt.

Diese Vorgeschichte sei – so Haeussler – zentral für die Herausbildung der Haltung des jungen Helmut Schmidt gegenüber Großbritannien. Er gehöre durch seine Sozialisation in dem von Großbritannien stark geprägten Hamburg und die Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit in der britischen Besatzungszone noch zu derjenigen Generation, die Großbritannien ganz selbstverständlich als führende Macht in Europa ansieht und denen der Prozess der europäischen Integration ohne Großbritannien als nicht realisierbar erscheint. Konsequenterweise enthält sich Schmidt 1957 im Deutschen Bundestag bei der Abstimmung über die Römischen Verträge der Stimme. Die französische Ablehnung der britischen Beitrittsgesuche 1963 und 1967 erbost ihn. In seiner *Strategie des Gleichgewichts* führt er die Haltung de Gaulles gar auf bewusste Verhinderungsbemühungen und einen französischen Dominanzanspruch in Europa zurück.

Schmidts Ansichten ändern sich jedoch grundlegend im Laufe der 60er Jahre, in welchen er eine zunehmend strategischere Sicht auf die deutsche Außenpolitik entwickelt und sich als Sicherheits- und Verteidigungspolitiker zu profilieren beginnt – was sich an seinen beiden publizierten Büchern zu Deutschlands Rolle in der NATO beispielhaft ablesen lässt. Zunehmend wird die bedeutende Rolle Frankreichs in der europäischen Gemeinschaft in den Fokus

gerückt und als „Fundament für die europäische Einigung“ bezeichnet. „Niemals“, so zitiert Haeussler Schmidt in den 60er Jahren, dürfe „Deutschland in eine Situation gebracht werden, wo es sich zwischen den USA und Frankreich entscheiden müsse.“ Dieses Motiv wird sich in zahlreichen Äußerungen Schmidts zu Europa seit den 60er Jahren wiederfinden – bis hin zur Parteitage-Rede 2011.

Großbritannien nimmt demgegenüber in Schmidts Konzeption nun eine sekundäre Rolle ein, was Haeussler am Beispiel seiner stark unterkühlten Reaktion auf die zweite Bewerbung um die EG-Mitgliedschaft 1967 ausführt. Angesichts der französischen Widerstände betrachtet er sie als illusorisch, ebenso wie er es ablehnt, dass Deutschland in eine Rolle als „Rammbock“ gedrängt werde, um gegen französischen Widerstand das Tor für die Briten in die EU zu öffnen. Haeussler kann aufzeigen, dass Schmidts Argumentationen hier ausschließlich auf deutschen außenpolitischen Interessenslagen beruhen – ein zentraler Punkt, um sein Handeln während seiner Kanzlerschaft zu verstehen.

Nach dem Tod de Gaulles 1973 und dem Beginn von Schmidts Kanzlerschaft ändern sich die Rahmenbedingungen grundlegend: 1973 tritt Großbritannien der EG bei, was mit großen Hoffnungen auf eine starke britische Rolle verbunden ist. Der britische Beitritt unter der konservativen Regierung geschieht jedoch ohne großen Enthusiasmus. Dazu trägt bei, dass er sich unter wenig günstigen Bedingungen vollzieht – der Beitritt fällt in die Phase des „Ölschocks“ 1973, dessen Auswirkungen noch bis Ende der 70er Jahre spürbar sind. Obgleich die wirtschaftlichen Problemstellungen in Großbritannien in keiner Verbindung zur EG stehen, werden sie vom britischen Volk mit ihr in Verbindung gebracht, wie eine Meinungsumfrage aus dem Oktober 1973 zeigt: 28% der Bevölkerung macht in ihr die EG-Mitgliedschaft als Hauptgrund für die wirtschaftliche Lage der eigenen Nation verantwortlich, weitere Umfragen verzeichnen zwischen Januar und Juli 1973 einen Anstieg der Befürworter eines EG-Austritts von 20% auf über 41%.

Wie Haeussler aufzeigt, ist im deutsch-britischen Vergleich der Unterschied der Einstellung zur EU und zur mentalen Verankerung in ihr eklatant: Als Gründungsmitglied hat Deutschland in der Anfangsphase der EG einerseits die Institutionen entscheidend mitgestalten können. Andererseits fällt die Zeit der Mitgliedschaft auch mit dem „Wirtschaftswunder“ zusammen – dem zwei Jahrzehnte fast ununterbrochenen andauernden Wirtschaftswachstum und Wiederaufbau. Die EG ist aus diesen Gründen fest im Bewusstsein der Bundesbürger und auch in der deutschen Außenpolitik verankert – spätestens seit dem Godesberger Programm der SPD herrscht ein parteiübergreifender Konsens, dass eine EG-Mitgliedschaft von überragendem deutschem Interesse sei.

In Großbritannien hingegen fehlt dieser partei- und gesellschaftsübergreifende Konsens in den 70er Jahren nahezu vollständig. Während die Konservativen unter Margaret Thatcher in dieser Zeit überwiegend für eine Mitgliedschaft stimmen, bleibt die Labour-Partei in dieser Frage tief gespalten. Zwar hatte sie in den 60er Jahren selber die zweite Bewerbung zur Mitgliedschaft auf den Weg gebracht, die Ablehnung durch de Gaulle und die anschließende Wahlniederlage stärken aber den europaskeptischen Flügel, so dass die Partei an der Europa-Frage zu zerbrechen droht. Um die Einheit der Partei zu wahren und den europaskeptischen Flügel zu beruhigen, fasst der selber europabefürwortende Wilson einen Plan, der demjenigen Camerons heute erstaunlich ähnelt und der die Antieuropäer seiner Partei befrieden soll: Er spricht sich öffentlich zwar gegen die Bedingungen der EG-Mitgliedschaft, nicht aber gegen das Prinzip der Mitgliedschaft als solche aus. Im Falle eines Wahlsiegs verspricht er, die Bedingungen der Mitgliedschaft neu zu verhandeln und im Anschluss daran, die Bevölkerung über diese Bedingungen abstimmen zu lassen.

Nachdem Wilson im März 1974 denkbar knapp die Wahlen gewinnt, beginnen lange Verhandlungen, in denen er nur geringfügig bessere Bedingungen heraushandeln kann. Dennoch kann er mit einem Image als starker kompromissloser Kämpfer für britische Interessen im Referendum vom 5. Juni 1975 ein Ergebnis von 67% der Stimmen für einen Verbleib in der

EG erzielen. Dieser Prozess zeigt noch einmal die stark unterschiedlichen Herangehensweisen an die Europapolitik auf: Da in Großbritannien die EG Mitgliedschaft noch keinen gesellschaftlichen Konsens erlangt hat, können Ziele der Außenpolitik zum Spielball für innenpolitische Ziele werden. Die innenpolitisch dominierte Agenda Großbritanniens erregt in Deutschland und bei Helmut Schmidt Unverständnis bis Misstrauen. Daher lehnt sich Deutschland in den erneuten Beitrittsverhandlungen stark an Frankreich. Die Länder bilden eine binationale Expertengruppe, um die gemeinsamen Ziele miteinander abzustimmen. Nach wie vor – so kann Haeussler zeigen – liegt die Priorität der deutschen Politik auf der Stabilität der EU und der deutsch-französischen Kooperation. Wie Haeussler an verschiedenen Dokumenten betreffs der Forderung nach einer Finanzreform der EU seitens Margaret Thatcher nachweist, ist Helmut Schmidt nicht gewillt, diese Ziele für die britischen Forderungen in Frage zu stellen und sogar bereit, kurzfristige deutsche Nachteile in Kauf zu nehmen, um keinen deutsch-französischen Streit zu provozieren.

In Bereichen der internationalen Politik kooperieren Deutschland und Großbritannien hingegen äußerst eng miteinander. Diese führt Haeussler beispielhaft an den Reaktionen auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 aus: Obgleich sich die öffentlichen Reaktionsweisen von Thatcher und Schmidt unterscheiden, sind ihre politischen Positionen weitgehend identisch: Beide Länder weigern sich beispielsweise, die von den Amerikanern geforderten harten Wirtschaftssanktionen durchzusetzen. In der Polenkrise 1981/82 wird diese gemeinsame westeuropäische Haltung noch deutlicher und illustriert die unterschiedlichen Haltungen Westeuropas und Amerikas während des Kalten Kriegs.

Durch die zeitgleich ausgetragenen Streitereien innerhalb der EG werden diese Kooperationen jedoch häufig verdeckt. Während aber die Spannungen auf deutscher Seite meist auch Auswirkungen auf andere Bereiche westeuropäischer Kooperationen haben und zu einem Vertrauensverlust in die Briten führen, ist für Großbritannien die EG stets nur einer von vielen möglichen Kanälen der Zusammenarbeit. Die Spannungen aufgrund finanzieller Beiträge in der EG stellen für sie keinen Hinderungsgrund für international erfolgreiche Kooperationen dar.

Haeussler beendet seinen Vortrag mit zwei Schlussfolgerungen, von denen die erste ein Plädoyer für die Notwendigkeit ist, die Geschichte der europäischen Integration konzeptionell zu öffnen und zu erweitern. Sie als eine Art teleologische Erfolgsgeschichte zu begreifen, ignoriert die Offenheit der Geschichte und die vielen unterschiedlichen Ideen und Herangehensweisen an die europäische Integration. Ebenso werden die vielfältigen Kooperationsformen außerhalb der Institutionen der EG ignoriert – insbesondere innerhalb der transatlantischen Allianz im Kalten Krieg. Hier wäre eine Einbettung in internationale Bezüge wünschenswert. Das britische Problem mit Europa – so Haeusslers zweite Schlussfolgerung – liegt in den Institutionen der EG, die in den 50er Jahren auf Basis der deutsch-französischen Beziehungen entstanden sind und die nach wie vor bestehen. Das strategische Moment, dass die EU in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nationale Interessen bediente, fehlt in Großbritannien vollständig. In der Konsequenz genießt die EU in Großbritannien nicht die Legitimation, die in Deutschland fest verankert war. Mittlerweile jedoch scheint der Konsens für Europa selbst in Deutschland zu bröckeln, da die EU nicht mehr dieselbe Anziehungs- und Überzeugungskraft früherer Zeiten ausübt. Wichtig sei es daher, so Haeussler, die EU nicht als statisches, alternativloses oder unveränderliches Konstrukt anzusehen. Wie die Vorgängereinstitution in den 50er Jahren eine Antwort auf die „deutsche Frage“ geliefert hätten, müsste auch die heutige EU auf neue Probleme neue Antworten geben können. Das trage zu ihrer Legitimation in den Augen der Bevölkerung weiter bei und erhalte ihre Daseinsberechtigung. Damit hätten auch die Briten einen Grund für den Verbleib in der EU.

Diskussion

Frage:

In welchem Verhältnis stehen seit Ende des Zweiten Weltkriegs der Abschied Englands vom Commonwealth und die Annäherung Europas? Welche Bedeutung hat das Bewusstsein des Niedergangs als führende Weltmacht?

Haeussler:

Genau diese Frage ist der zentrale Subtext, der dem ganzen Prozess zugrunde liegt. Großbritanniens Außenpolitik beruhte auf drei sich überlappenden Kreisen: der erste ist die enge Verbindung zu den Amerikanern, der zweite das Empire/Commonwealth, das dritte ist Europa. Das beeinflusst sicherlich die Wahrnehmungen 1950. In den 60er Jahren hatte sich das Empire/Commonwealth sehr stark verkleinert und die Amerikaner wünschen eine britische Einbindung in die EG, in der EG selber ist England aber nicht Mitglied. Damit fallen alle drei Kreise der Politik weg und die Tatsache, allein zwischen allen Stühlen zu sitzen, beeinflusst die Wahrnehmung. Auf deutscher Seite ist zu Beginn die Strahlkraft der globalen Macht der Grund, warum eine Einbindung Englands gewünscht wird. In den 50er Jahren rücken die Franzosen in den Fokus und in den 60er Jahren wird England als „Sorgenkind“ wahrgenommen und eine Mitgliedschaft erscheint nicht mehr erstrebenswert.

Frage:

Wenn wir die aktuelle „Brexit“-abstimmung ins Auge nehmen: Welche Rolle spielt der Nationalismus, die Renationalisierung in Großbritannien?

Haeussler:

Der Europaskeptizismus ist Ausdruck einer Identitätskrise und das Gefühl der Unsicherheit in einer globalen Welt. Das britische Problem mit Europa ist vor allem ein englisches Problem. So ist ein großer Teil der Schotten für den Verbleib in der EU, ebenso Wales und Nordirland. In den 60er und 70er sind die Engländer nicht besonders euroskeptisch gewesen – das ändert sich mit Thatcher Anfang der 80er Jahre. Ich denke, letztlich handelt es sich um ein Problem mit der postimperialen britischen Identität. Das Imperium bestand nicht mehr und in der Bildung einer neuen Identität wird – wie so häufig – der Prozess der Abgrenzung gegen „das Andere“ deutlich. In diesem Fall ist „Europa“ das „Andere“.

Frage:

Thatcher hat bei Regierungsantritt ein Land mit großen wirtschaftlichen Problemen übernommen. Da sie wusste, dass beispielsweise die BRD für einen Verbleib Englands in der Gemeinschaft eintrat, konnten sie für das Land einige Vorteile heraushandeln. Handelt heute Cameron so wie Thatcher damals?

Haeussler:

Ja und Nein. Cameron wird fast als „Verräter“ angesehen, weil er in Brüssel Dinge neu zu verhandeln versucht hat, ihm dies aber nicht unbedingt gelungen ist. Damit hat er vergeblich innenpolitische Profilierung versucht, was aber auch am extremen UKIP-Flügel liegt, die stets unerfüllbare Maximalforderungen stellen.

Frage:

Auch Cameron steht vor dem Problem der innerparteilichen Spaltung, wie sie es ja auch schon für Wilson präsentiert haben. Was bringt der historische Vergleich der Jahre 1973-75 und jenen 2014-16? Kann man hier eine vergleichende UK-Europa-Geschichte schreiben?

Haeussler:

Als Historiker lernt man, nichts von der Geschichte zu lernen. Es gibt strukturell Vergleiche, die sich ziehen lassen. Ich habe am Beispiel von Wilson gezeigt, dass Parteipolitik auch auf

der europäischen Ebene geführt wird – dies lässt sich auch bei Cameron sehen. Trotz all der Unterschiede kann man sehen, dass es sich letztlich immer wieder auf das Legitimationsproblem der EU in Großbritannien zurückführen lässt.

Frage:

Welche Rolle spielten die Printmedien in den 70er Jahren und heute?

Haeussler:

Die Medien wandelten sich um 180 Grad: 1961 sind die meisten Medien recht positiv, in den 70er Jahren sogar proeuropäisch. Das ändert sich mit Rupert Murdoch und der „Sun“ Mitte der 80er Jahre. Abgesehen vom „Guardian“, der „Financial Times“ oder dem „Economist“ sind heute nahezu alle Medien eurokritisch. Wir haben heute eine völlig andere medienpolitische Landschaft.

Frage:

Die Doppelstrategie der Briten hat ja in der Vergangenheit zu großen Erfolgen geführt. Das Spiel, mit Amerika auf der einen Seite und gemeinsam mit Europa gegen Osten zu agieren, hat sich bewährt. Heute hat sich die Situation vollständig geändert: Europa ist die einzige Chance für kleine Nationen, weiter zu existieren – man vergleiche die Bevölkerungszahlen mit denen Chinas. Ein Austritt aus der EU schwächt England und bedeutet aber auch einen Ansehensverlust für die EU. Ein Austritt wäre auch für die EU ein Anfang vom Ende?

Noch eine Bemerkung zu den Schotten: Schottland war letztlich eine der ersten Kolonien Englands, selbiges gilt für die Iren, die nicht auf die Idee kommen würden, aus der EU auszutreten.

Haeussler:

Ich gebe Ihnen völlig Recht und behaupte, dass die englische Politik nicht rational ist. Der Unterschied ist jedoch im Vergleich zu den 70er Jahren: England wollte ein Europa der zwei Geschwindigkeiten vermeiden. Mittlerweise hat sich diese Haltung geändert. Ob ein Austritt Europa stärken oder schwächen wird, wird sich erweisen. Auf der Beerdigung Pompidous Anfang 1974 sagte Willy Brandt sinngemäß zu Wilson: „Die EU wird einen Austritt Großbritanniens überleben. Großbritannien wird vielleicht auch überleben.“

Frage:

Verbleibt Großbritannien in der EU – wie geht es dann weiter? Wo sind die Politiker in England, die dann produktiv mitarbeiten?

Haeussler:

Egal wie es ausgeht: Es wird das Problem nicht lösen, denn es ist vor allem ein innenpolitisches Problem. Stimmt die Mehrheit der Briten für den Verbleib und die Mehrheit der Engländer für einen Austritt, hilft das Personen wie Nigel Farage und der UKIP, die sich als Stimme der Engländer verstehen. Man weiß nicht, wie England zu einigen wichtigen Fragen der Europapolitik steht – sie existiert dort momentan nicht. Vermutlich würden sie das TTIP etwas vorantreiben. Wie geht es weiter für die EU? Sie kann sich endlich den wirklich wichtigen Themen wie der Flüchtlingskrise zuwenden. Ich habe zusammengefasst Hoffnungen für die EU, nicht aber für die britische Europapolitik.

Frage:

Wenn Großbritannien in der EU verbleibt, ist dann nicht zu befürchten, dass diese Problematik endlos weitergeht?

Haeussler:

Die EU wünscht sich ja den Verbleib – nicht zuletzt, weil Großbritannien die fünftgrößte Handelsnation der Welt ist und eine enorme verteidigungs- und sicherheitspolitische Expertise hat und für die EU wahnsinnig wichtig ist. Gleichzeitig ist man von dem Hin und Her wahnsinnig genervt. Es wird die Probleme nicht lösen, weil es alles Scheindebatten sind – sowohl in den 70er Jahren wie heute. Es ist ein englisches Identitätsproblem. Keiner will die Debatte führen, weil der Ausgang ungewiss ist. Solange sie aber nicht geführt wird, wird auch die Frage ungelöst bleiben.

Frage:

Kann es sich Europa über einen längeren Zeitraum leisten, eine solche Hängepartie mit einem solchen Partner auszustehen? Man kann sie nicht hinauswerfen, aber man könnte in der EU die Diskussion über ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ beginnen. Damit könnte man eine Entscheidung Großbritanniens herausfordern.

Haeussler:

Ich denke, das kann und wird passieren und ist angesichts von 28 Mitgliedsstaaten auch notwendig. Die Frage ist nur, wie man das durchführen wird. Großbritannien hat diese konfrontative Erpressungspolitik und das lässt sich so nicht fortführen. Es bräuchte eine Regelung in einem EU-Vertrag.

Frage:

Sie haben von einer irrationalen Politik gesprochen. Hat Großbritannien ansatzweise rational überlegt, was ein Ausscheiden bedeuten würde? Welche Optionen bestehen eigentlich? Oder obsiegt am Ende die Angst vor dem Ungewissen? Was sagen Diplomaten oder Intellektuelle und gibt es einen Plan B, C oder D im Falle eines „Brexit“?

Antwort:

Die Befürworter des Austritts haben viele Varianten, die alle nicht funktionieren. Das Schweizer oder das Norwegische Modell usw., das jeweils von der Gegenseite dekonstruiert wird. Das Problem ist, dass auf rationaler Ebene es die proeuropäischen Bürger als für so offensichtlich notwendig erachten, in der EU zu bleiben, dass sie gar nicht erst an der Debatte teilnehmen. Die Meinungsbildung wird von der „Brexit“-Kampagne betrieben. Eine Angstkampagne Camerons könnte dennoch noch kurz vor der Wahl kommen und gegebenenfalls sogar funktionieren.